

**BürgerKlub Tirol** im  
Tiroler Landtag  
Eduard Wallnöfer Platz 3  
A-6020 Innsbruck



Tel: 0043-512-508-3122 (09:00-12:00 Uhr)  
Fax: 0043-512-508-3125  
Mail: [fritz.gurgiser@buergerklub-tirol.at](mailto:fritz.gurgiser@buergerklub-tirol.at)  
Mail: [thomas.schnitzer@buergerklub-tirol.at](mailto:thomas.schnitzer@buergerklub-tirol.at)  
Web: [www.buergerklub-tirol.at](http://www.buergerklub-tirol.at)

Innsbruck, 28. Februar 2012

## In eigener Sache

**Klärung von Rechtsfragen durch Einbringen einer Sachverhaltsdarstellung, die heute von uns bei der StA-Innsbruck eingebracht wurde, um endlich einen Schlusstrich unter die ständigen unwahren Behauptungen, Diffamierungen und Diskreditierungen des BürgerKlub-Tirol im Tiroler Landtag zu ziehen.**

Worum geht es:

**Verdacht der Vorlage falscher Beweismittel vor Gericht, um statutenkonformes Verhalten vorzutäuschen etc..**

Es geht um den Verdacht der **Vorlage falscher Beweismittel** durch Vorlage bei Gericht (rückdatierte und mit Unterschriften von gleich drei Abgeordneten versehene Parteirkunden, die verschleiern sollen, dass es für die am 8. Juni 2008 zur Landtagswahl angetretene Partei „Fritz Dinkhauser – Bürgerforum Tirol“ niemals

- **einen statutenkonformen Parteitag,**
- **statutenkonforme Wahlen der notwendigen Organe samt der Rechnungsprüfer und**
- **niemals statutenkonforme Aufnahme von Mitgliedern etc. gegeben hat**

### **Parteileiche ohne handlungsfähige Organe**

Die genannte Partei liegt nach wie vor als „Parteileiche“ ohne handlungsfähige Organe im Bundesministerium für Inneres, welches im Gegensatz zur Vereinsbehörde nicht einmal prüfen darf, ob sich Parteien statutenkonform verhalten (!) und daher jedem sorglosen Umgang mit Parteistatuten Tür und Tor geöffnet ist.

### **Gesetzliche Änderungen von Parteifinanzierung bzw. –förderungen überfällig**

Dies alles zu einer Zeit, wo seit vielen Jahren in Österreich längst überfällige gesetzliche Änderungen des Parteienfinanzierungs- wie des Parteienförderungsgesetzes dringend eingefordert werden (vgl. diesbezüglich den schon jahrelangen Kampf des österr. Kenners dieser Missstände, DDR. Hubert Sickinger, der dazu im Jahrbuch Politik Tirol 2010 u. a. wie folgt geschrieben hat: **„Dinkhausers Partei ist darüber hinaus ein Beispiel für eine auch in etablierten Großparteien nicht selten anzutreffende Illusion von Parteiführungen, in einem rechtsfreien Raum agieren zu dürfen.“**).

### **Wo Recht abhanden kommt, nimmt Anarchie zu**

Recht ist aber das höchste Gut, welches einer Gesellschaft den Rahmen gibt, damit die Schwächeren nicht von den Stärkeren unterdrückt werden – was ohnedies oft genug

passiert. Denn im gleichen Ausmaß, in welchem Recht abhanden kommt, nimmt die Anarchie zu und genau deshalb sind wir, die wir politisch tätig sind, umso mehr verpflichtet, Recht zu achten, zu respektieren und einzuhalten – was von Bürgerin und Bürger verlangt wird, gilt erst „RECHT“ für uns als politische Mandatare!

### **Schlechterstellung jedes Vereins im Vergleich zu Parteien**

Auch aus demokratiepolitischer Sicht ist es eine Unmöglichkeit, wenn sich Einzelpersonen ihrer Verantwortung einfach entledigen können, indem sie die Ursprungspartei als „Parteileiche“ im BMI sozusagen „zur ewigen Ruhe betten“, einfach eine neue Partei gründen (die noch zu keiner Wahl angetreten ist) und Parteiförderung in Millionenhöhe einfordern und sogar noch erhalten, weil sich niemand in Land und Bund für eine ordentliche Überwachung zuständig fühlt. Dies ist nicht nur eine Schlechterstellung zu jedem Verein – die Vereinsbehörde überwacht selbstverständlich das statutenkonforme Verhalten von Vereinen und löst jeden Verein, der seine Statuten verletzt, „von Amts wegen auf“. Diese Diskriminierung von Vereinen gegenüber Parteien ist zu beseitigen.

### **Im landes- und bundesweiten öffentlichen Interesse sowie der Parteien und aus Respekt und Achtung vor dem Steuerzahler dringender Handlungsbedarf**


Daher ist im öffentlichen Interesse, im Interesse der Parteien selbst und vor allem aus Respekt vor den österreichischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern ist dringender Handlungsbedarf gegeben, um diese Altlasten zu beseitigen und mit zeitgemäßen Gesetzen dafür Sorge zu tragen, dass derartige Machenschaften wie das Vorlegen von rückdatierten Urkunden abgestellt und beseitigt werden. Diese Klärung ist unverzichtbar und ein Gebot der Stunde und dazu wollen wir mit dieser Klärung einen wesentlichen Beitrag leisten und werden auch den Tiroler Landtag mit einem entsprechenden Antrag damit befassen.

### **Einfache Kontrolle durch Landesrechnungshöfe oder Landesverfassungsdienste mit minimalstem finanziellen Aufwand möglich**

Die Überwachung von statutenkonformen Verhalten von Parteien samt der sorgfältigen und gewissenhaften Umgangs mit Steuergeld könnte jederzeit und sehr einfach von den Landesrechnungshöfen bzw. Landesverfassungsdiensten analog der Vereinsbehörde mit geringstem Aufwand übernommen werden.

### **Politische Ehre, Anstand, Geradlinigkeit und Ehrlichkeit**

Wir haben dies sehr lange im großen Kreis und mit Experten diskutiert und sind daher zum Schluss gekommen, einen Versuch zu unternehmen, diese längst überfälligen Klärungen herbeizuführen und in Folge auch die entsprechenden gesetzlichen Regelungen für mehr Transparenz, mehr Sorgfalt und mehr Respekt im Umgang mit Steuergeld, welches Parteien zur Verfügung gestellt wird, zu erreichen. Wir wollten auch aus Respekt vor all jenen, die uns 2008 das Vertrauen für eine „ehrliche Bürgerpolitik“ geschenkt haben, nicht schweigen – denn „Schweigen bedeutet Zustimmung“ und passt nicht zu unserer persönlichen Einstellung, mit der wir versuchen, im Tiroler Landtag Politik FÜR unser Land, unsere Menschen und unsere Heimat zu gestalten.



*LAbg. Fritz Gurgiser & LAbg. Thomas Schnitzer für den BürgerKlub-Tirol im Tiroler Landtag*